

Getrennte Altholzsammlung: Sperrmüll nimmt neue Wege

Im September und Oktober 2005 wurde landkreisweit ein Versuch durchgeführt, Altholz im Rahmen der Sperrmüllabfuhr getrennt zu erfassen und einer Verwertung zuzuführen. Im Vorfeld wurden die Bürger ausführlich über Presse und Internet informiert. Für den Sperrmüllkunden gestaltete sich die Abfuhr wie gewohnt, lediglich

Sperrmüll aus Holz sollte getrennt von anderen Teilen bereitgestellt werden. Die Versuchsphase lief erfolgreich. Rund 400 Tonnen alte Holzmöbel und Bretter wurden eingesammelt und verwertet.

Im Juli 2006 wurde die getrennte Altholzsammlung dann generell eingeführt. Rund 2.500 Tonnen

Altholz sollen so pro Jahr erfasst werden. Je nach Qualität wird das Holz stofflich oder thermisch verwertet. Die Sperrmüllmenge, die im MHKW verbrannt wird, kann so verringert werden. Damit ist auch eine gewisse Ersparnis für den Müllgebührenzahler verbunden.



Altholzberge warten auf die Verwertung.



Neues Elektro- und Elektronikgeräte-Gesetz (ElektroG): Hersteller beteiligen sich an der Verantwortung

Nach umfangreichen Vorarbeiten fiel am 24. März 2006 der Startschuss für die Umsetzung des ElektroG. Vorher waren die Sammlung und Verwertung von Elektrogeräten allein Sache des Landkreises als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger. Jetzt müssen sich Hersteller und Vertreiber sowohl finanziell als auch organisatorisch an der Wiederverwertung von Elektrogeräten beteiligen. Der AWB nimmt die Geräte in bestimmten Übergabestellen an. Die Hersteller sind zuständig für die Abholung und die anschließende Verwertung. Ab dem Stichtag wurde die gesamte Organisation bundesweit zentral abgewickelt, was erwartungsgemäß zu teilweise chaotischen Zuständen führte. Die Umsetzung des Gesetzes brachte für die Bürger des Landkreises Göppingen im Wesentlichen nichts Neues und schon gar keine Nachteile. Die komfortablen Sammlungen auf Abruf mittels „grüner Karte“ wurden beibehalten. Als Abgabestellen für Altgeräte aus Haushalten stehen weiterhin die Wertstoffhöfe und das Wertstoffzentrum beim Müllheizkraftwerk zur Verfügung. Kleine Geräte können zu den Wertstoffhöfen, alle anderen müssen ins Wertstoffzentrum gebracht werden - kostenlos natürlich.

In den Medien wurde als Neuerung propagiert, dass die Trennung und kostenlose Abgabemöglichkeit nun gesetzliche Pflicht sind. Im Landkreis ist es jedoch schon seit Jah-

ren selbstverständlich, ausgediente Elektro- und Elektronikgeräte getrennt zu sammeln und zu verwerten. Die vom Gesetzgeber

vorgegebene Sammelmenge von 4 kg pro Einwohner und Jahr wird bei uns seit langem deutlich überschritten.



Abschluss und Rekultivierung der Deponie Stötten

Nach der Schließung der Deponie „Franzosenkübel“ suchte der Landkreis Anfang der 80er Jahre händelringend nach einem Ersatzstandort für die Ablagerung von Erdaushub und Bauschutt im Raum Geislingen. Fündig wurde man im ehemaligen Kalksteinbruch auf Gemarkung Geislingen-Stötten. Bereits im Juni 1981 wurde beim Regierungspräsidium die Planfeststellung für die Errichtung einer Deponie beantragt. Die Zeit drängte damals so sehr, dass der Verwaltungsausschuss des Landkreises im Einvernehmen mit allen Beteiligten am 10.09.1982 die Vergabe der Erschließungsarbeiten beschloss, obwohl noch kein Planfeststellungsbeschluss vorlag. Erst am 15.04.1986 folgte der Planfeststellungsbeschluss für die Errichtung und den Betrieb der Deponie Stötten.

Bis zum Erreichen der Steinbruchoberkante konnten rund 485.000 cbm Erdaushub und Bauschutt abgelagert werden. Nachdem Deponieraum weiterhin knapp war, beantragte der Landkreis am 24.06.1992 die abfallrechtliche Genehmigung für eine maßvolle Überhöhung der Deponie mit Erdaushub. Mit Genehmigung vom 07.03.1995 wurde die Ablagerung weiterer 65.000 cbm Erdaushub zugelassen. Bedingt durch ein geändertes Bodenmanagement und eine rückläufige Baukonjunktur gingen die Erdaushubanlieferungen auf der Deponie Stötten jedoch in der

Folgezeit stark zurück. So dauerte es noch bis Mitte Juli 2006, bis das Deponievolumen endgültig erschöpft war.

Die Rekultivierung der Deponie Stötten erfolgte in drei Bauabschnitten. Anfang 2002 wurde mit dem ersten Bauabschnitt begonnen. Auf dem Deponiekörper musste eine 50 cm starke mineralische Dichtungsschicht aus steinfreiem, bindigem Bodenmaterial mit geringer Wasserdurchlässigkeit aufgebracht werden. Die Dichtungsschicht musste dann, nachdem auch Baumpflanzungen vorgesehen waren, mit einer 2,0 m mächtigen Schicht aus kultivierbarem Boden überdeckt werden, um Durchwurzelungen zu verhindern. Im Spätsommer 2006 konnte der dritte Bauabschnitt fertig gestellt werden.



Moorraupe im Einsatz

den. Die Bepflanzung des rekultivierten Deponiegeländes erfolgte dem Baufortschritt entsprechend. Auf dem rund 4,5 ha großen Gelände wurden in Gruppen mehr als 2.600 Sträucher (Hartriegel, Haselnuss, Liguster, Heckenkirsche, Schlehe, Hundsrose, Schneeball), mehr als 680 Heister (Feld-



Lattenprofile markieren die Endhöhe der Profilierungsschicht.



Spritzbegrünung der Böschungsbereiche

und Bergahorn, Buche, Vogelkirsche, Wildapfel, Winterlinde, Mehlbeere, Traubeneiche, Ulme) sowie 10 Hochstammbäume (Stieleiche und Winterlinde) gepflanzt. Das Gelände wurde anschließend mit Gras angesät, und an mehreren Stellen wurden Lesesteinhaufen aus Kalkstein als Trockenbiotop angelegt. Ende 2006 wurden die Rekultivierungsarbeiten abgeschlossen.



Trockenbiotop Lesesteinhaufen



Pflanzengruppe aus Sträuchern und Heistern



Keine 2. Linie im Müllheizkraftwerk

Die letzte Änderung des Vertragswerks mit dem privaten Betreiber des Müllheizkraftwerks Göppingen, der BKB AG, lag gerade mal ein Jahr zurück, als dieser im Juli 2005 mit dem Angebot eine 2. Verbrennungslinie im Müllheizkraftwerk errichten zu wollen an den Landkreis herantrat. Die Landkreisverwaltung stand dem Wunsch der Betreiberfirma, eine 2. Linie zu errichten, von Anfang an ablehnend gegenüber. Verhandlungsgespräche wurden erst nach einem entsprechenden Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Verkehr aufgenommen. Mit der damit beginnenden Berichterstattung in der örtlichen Presse meldeten sich die ersten Kritiker des Vorhabens zu Wort – insbesondere die Bürgerinitiative „Initiative Waldeck/Bergfeld gegen den zweiten Müll-ofen“.

Im Dezember 2005 wurde von BKB ein konkretes Angebot vorgelegt. Die öffentlichen Diskussionen nahmen zu, wurden aber in durchaus sachlicher Weise geführt. Es war kein Vergleich zu den heftigen Auseinandersetzungen, die Mitte der 90er-Jahre im Zusammenhang mit der Privatisierung des Müllheizkraftwerks und der Errichtung des Ersatzkessels geführt wurden.

In den sich anschließenden Gremiumsberatungen nahmen insbesondere die Fragen der gebührenrechtlichen Behandlung von Veräußerungserlösen sowie der

Die Kreisräte sagen Ja zum zweiten Müll-ofen

CDU und FW für den Bau, aber nicht zum angebotenen Preis

GÖPPINGEN. Das Göppinger Müllheizkraftwerk erhält wohl keine zweite Verbrennungslinie. Entscheidend dafür ist der Preis des Geländes. Die bürgerlichen Fraktionen sind zwar für das Projekt, sie wollen die Fläche aber nicht unter Wert verkaufen.

Von Carola Sauer

Knapp drei Stunden haben die Kreisräte im Ausschuss für Umwelt und Verkehr gestern debattiert. Am Ende der Diskussion hat es einen Beschluss gegeben, der die Debatte allerdings unzureichend widerspiegelt. Die Verwaltung hatte vorgeschlagen, den geplanten Bau einer zweiten Verbrennungslinie beim Müllheizkraftwerk in Göppingen abzulehnen. Dies fand keine Mehrheit. CDU, Freie Wähler und FDP lehnten den Vorschlag ab. Die bürgerlichen Fraktionen befürworten im Grundsatz die Erweiterung des Müll-ofens, allerdings nicht zu den zwischen dem Landkreis und der Betreibergesellschaft, der Braunschweigischen Kohlebergbaugesellschaft (BKB), ausgehandelten Konditionen.

Die Eon-Tochter hat 13,2 Millionen Euro für den Kauf der Grundstücke und die Übernahme des Fernwärmenetzes geboten. Falls der Kreis ihm das Areal nur in Erbpacht überlassen will, wäre das Unternehmen bereit, jährlich rund 1,1 Millionen Euro für die nächsten 20 Jahre zu bezahlen. Die zweite Linie soll die Verbrennungskapazitäten von 158 000 Tonnen pro Jahr verdoppeln. Zurzeit ist die erlaubte Menge vom Kreistag auf 140 000 Tonnen gedeckelt. Ein Wertgutachten, das der Kreis in Auftrag gegeben hatte, hatte allerdings einen Verkaufspreis von 16,5 Millionen Euro respektive einen Erbbauzins von etwa 1,3 Millionen Euro pro Jahr als angemessen ermittelt.

Ein Verkauf kommt für alle Fraktionen nicht in Frage, weil der Erlös aus rechtlichen Gründen nicht dem löchrigem Kreishaushalt zugeführt werden könnte, sondern über niedrigere Abfallgebühren den Haushalten zugute kommen müsste. Dieser Umstand hat für die SPD-Fraktion den Ausschlag gegeben, das Projekt insgesamt rundweg abzulehnen.

CDU, Freie Wähler und FDP hingegen hätten gerne den zweiten Müll-ofen. Zum einen würden bis zu 80 Millionen Euro in das Projekt investiert, wovon auch Unternehmen im Kreis profitieren würden. Zum anderen würden damit die bestehenden 63 Arbeitsplätze auf Dauer gesichert und zehn weitere Stellen geschaffen. Man nehme die Sorgen und Nöte derer, die eine Verdoppelung des Schadstoffausstoßes befürchten, ernst, sagte der CDU-Fraktionschef Wolfgang Rapp. Die Müllverbrennungstechnik von heute habe aber nichts mehr mit den Dreckschleudern von gestern zu tun: 1992 seien die Müllheizkraftwerke in Deutschland noch für ein Drittel des Dioxinausstoßes verantwortlich gewesen. Bis 2000 sei dieser Anteil auf weniger als ein Prozent geschrumpft. Auch der Lastwagenverkehr werde nicht in unzumutbarem Maß steigen. Die BKB rechnet mit 43 Lastzügen zusätzlich pro Tag.

Die CDU-Fraktion hatte deshalb beantragt, dem Bau der zweiten Verbrennungslinie zuzustimmen, dafür allerdings den vom Wertgutachter ermittelten Erbpachtzins von 1,3 Millionen Euro pro Jahr zu verlangen. Diesen Antrag zog die CDU allerdings zurück, nachdem sowohl der BKB-Geschäftsführer Wolfgang Althaus als auch der Landrat Franz Weber mehrfach betont hätten; dass das Unternehmen in finanzieller Hinsicht zu keinen weiteren Zugeständnissen mehr bereit sei. Die Christdemokraten behielten sich aber vor, den Antrag in der Kreistagssitzung am 12. Mai, bei der das Plenum über das BKB-Angebot abstimmen soll, doch noch zur Debatte zu stellen.

Selbst wenn der Kreistag der zweiten Linie dann doch noch zustimmen sollte, ist keineswegs sicher, dass sie auch in Göppingen gebaut wird. Die BKB prüft noch zwei weitere Standorte im Land. Erst im Sommer will sich das Unternehmen endgültig auf einen Standort festlegen.

Diesen so genannten Konzernvorbehalt hatten im Vorfeld alle Fraktionen heftig kritisiert. Er ist auch einer der beiden Gründe, aus denen der Landrat Weber die Erweiterung ablehnt. Es sei dem Kreistag nicht zuzumuten, einen politisch höchst umstrittenen Beschluss zu fällen, ohne die Gewähr zu haben, dass sich das Unternehmen dann auch tatsächlich für Göppingen entscheide. Im Übrigen sei die Anlage von Anfang an für die Entsorgungssicherheit im Kreis konzipiert gewesen und nicht dafür, den Müll anderer Kreise zu verbrennen.

Dafür unterstützte er indes den zweiten Antrag der BKB, die Verbrennungskapazität der bestehenden Linie ausschöpfen zu dürfen. Das sei wirtschaftlichen Zwängen geschuldet. Das Unternehmen bietet dem Kreis dafür 275 000 Euro pro Jahr und die Möglichkeit, die bis 2025 vom Kreis garantierte Liefermenge an Müll von 60 000 Tonnen auf 50 000 Tonnen zu begrenzen. Doch auch dafür bekam er gestern keine Mehrheit: Die Kreisräte wollten erst einmal die Grundsatzentscheidung über die zweite Verbrennungslinie abwarten.

Müllheizkraftwerk

Am 23. Juni 1975 hat das Göppinger Müllheizkraftwerk den Betrieb aufgenommen. Dort werden pro Jahr 140 000 Tonnen Abfall verbrannt sowie Strom und Wärme erzeugt. Es versorgt unter anderem die Klinik am Eichert mit Fernwärme. Die Braunschweigische Kohlebergbaugesellschaft (BKB) betreibt die Anlage seit 1995. Bis 2025 hat sich der Landkreis verpflichtet, jährlich 60 000 Tonnen Müll zu liefern – was ihm von Umweltschützern den Vorwurf einbringt, er biete deswegen keine Anreize zur Müllvermeidung. Da seit Juni kein unbehandelter Abfall mehr gelagert werden darf, ist die Nachfrage nach Verbrennungskapazitäten gestiegen. Neben Göppingen gibt es in der Region in Böblingen und Stuttgart solche Anlagen. *cls*

Ausschnitt aus der Stuttgarter Zeitung vom 3. Mai 2006



Angemessenheit des BKB-Angebots eine zentrale Bedeutung ein. Die dazu eingeholten Fachgutachten sagten eindeutig aus, dass zum einen der Verkaufserlös in den Gebührenhaushalt des Abfallwirtschaftsbetriebs zu fließen habe und nicht dem Kernhaushalt zugute komme und dass zum anderen das Angebot von BKB nicht ausreichend sei. Allerdings war BKB nicht bereit, das Angebot nachzubessern.

Ein wichtiges Anliegen der Landkreisverwaltung war die Fortführung einer glaubwürdigen und berechenbaren Politik im Zusammenhang mit dem Müllheizkraftwerk. Denn bei der Privatisierung der Anlage im Jahre 1995 bestand bei allen Entscheidungsträgern Konsens, dass die Kapazität des Müllofens in erster Linie der Entsorgungssicherheit des Landkreises zu dienen habe, und lediglich freie Kapazitäten im Sinne einer wirt-

schaftlichen Betriebsführung für Abfälle von außerhalb des Landkreises genutzt werden sollten.

Nachdem die Entsorgungssicherheit des Landkreises durch die bestehende Anlage und die entsprechenden Vertragsvereinbarungen jederzeit gewährleistet ist, hätten die Errichtung und der Betrieb einer 2. Verbrennungslinie ausschließlich dem Zweck gedient, Abfälle, insbesondere Gewerbeabfälle von außerhalb zu entsorgen. Zudem sollte die endgültige Entscheidung des Konzerns über die Realisierung des Projekts 2. Linie erst nach Abschluss entsprechender Lieferverträge getroffen werden, wohingegen der Landkreis auf dieser unsicheren Basis vorab eine in Kommunalpolitik und Öffentlichkeit höchst umstrittene Grundsatzentscheidung von enormer politischer Tragweite hätte treffen müssen. Unabhängig von diesem weder von Verwaltung noch von

der Mehrheit des Kreistags akzeptierten Konzernvorbehalt hätte die Zustimmung zu einem solchen Vorhaben in der Abfallpolitik des Landkreises Göppingen einen kompletten Paradigmenwechsel bedeutet.

Dementsprechend kontrovers erfolgte die Diskussion im Kreistag. Wie stark die Meinungen auseinander gingen, zeigte das Abstimmungsergebnis in der entscheidenden Sitzung des Kreistags am 12.5.2006, bei der mit einer Stimme Mehrheit der Verkauf der Anlage und damit die Errichtung einer 2. Verbrennungslinie abgelehnt wurden. Zugestimmt wurde dagegen der Ausweitung der Kapazität der 1. Linie auf die nach der Genehmigung zulässige Höchstdurchsatzmenge von 157.680 t/Jahr. Diese war bislang auf 140.000 t/Jahr gedeckelt. Diese aus betriebswirtschaftlicher Sicht sinnvolle Entscheidung war von

Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Göppingen

Müllöfen-Streit bleibt offen

Betreiber bietet 13,2 Millionen Euro – Gutachter ermittelt als Wert 16,3 Millionen

13,2 Millionen Euro will der Betreiber des Müllheizkraftwerks dem Landkreis zahlen, um einen zweiten Müllöfen bauen zu können. Zu wenig, sagt die Verwaltung, kassierte aber gestern im Umweltausschuss eine Abstimmungsniederlage.

ARNOLD WOLETZ

KREIS GÖPPINGEN ■ Auch nach einer dreistündigen Debatte im Umweltausschuss blieb gestern offen, ob die Braunschweiger Kohlebergwerke AG (BKB) als Betreiber des Göppinger Müllheizkraftwerks eine zweite Verbrennungslinie bauen

kann. Die Landkreis-Verwaltung hatte das umfangreiche Ergebnis mehrerer Gutachten und der Verhandlungen mit der BKB präsentiert. Quintessenz: Die von der BKB angebotenen 13,2 Millionen Euro – oder 1,08 Millionen Erbpacht für 20 Jahre – sind aus Landkreis-Sicht zu wenig. Ein Gutachter hatte als Wert 16,5 Millionen Euro ermittelt.

Außerdem wollte die BKB sich in den Verhandlungen nicht endgültig für den Standort Göppingen festlegen. Das aber wäre dem Landkreis aus Sicht der Verwaltung „nicht zumutbar“, so Ulrich Majocco, Stellvertreter des Landrats, weil der zweite Müllöfen in der Bevölkerung und im Gremium umstritten ist. Außerdem wäre die Zustimmung eine „fundamentale Abkehr von der bisherigen Abfallpolitik des Landkrei-

ses, die die Glaubwürdigkeit in Frage stellen würde“, so Majocco, weil nur Müll aus anderen Gebieten im neuen Ofen verbrannt würde. Für den Abfall aus dem Kreis reichen die vorhandenen Kapazitäten.

Die CDU-Praktion stellte zunächst den Antrag, dem Bau dennoch zuzustimmen. Fraktionschef Wolfgang Rapp sagte, rationale Gründe, etwa die Investitionen von 70 Millionen Euro, sprächen dafür. Der Verkaufserlös würde die Bürger finanziell entlasten. Aus globaler Sicht sei die Müllverbrennung ökologisch günstiger als Kohlekraftwerke, zitierte Rapp vorliegende Untersuchungen. Allerdings wollten die Christdemokraten ihre Zustimmung von dem im Wertgutachten ermittelten Preis abhängig machen, der im Erbpachtverfahren 1,3 Millio-

nen ansetzte. Landrat Franz Weber ging die Hutschnur hoch: Er schärfte den Räten mehrmals ein, dass es bei der Summe keinen Spielraum mehr gebe. Er habe ein endgültiges Ergebnis präsentiert. Werner Althaus, der Geschäftsführer des Kraftwerks, bestätigte, ein weiteres Angebot der BKB werde es nicht mehr geben, weil andere Vorhaben dann wirtschaftlicher wären.

SPD und Grüne sprachen sich gegen die zweite Linie aus. Nach einer Sitzungsunterbrechung, wollte die CDU über ihren Antrag schließlich nicht mehr abstimmen lassen. Der Vorschlag der Verwaltung, den Müllöfen abzulehnen, wurde jedoch mit deutlicher Mehrheit von CDU und FDP abgeschmettert. Kommende Woche entscheidet der Kreistag.

■ Kommentar

Ausschnitt aus der NWZ vom 3. Mai 2006



der Verwaltung favorisiert worden, weil sie nicht nur für BKB, sondern auch für den Landkreis Kostenvorteile bringt.

Der hierzu erforderliche 3. Änderungsvertrag zum Entsorgungsvertrag wurde am 20.10.2006 vom Kreistag mit großer Mehrheit beschlossen. Die Abfallgebührenzahler im Landkreis profitieren von dieser Vereinbarung direkt durch eine Einsparung von jährlich 276.000 Euro bei den Entsorgungskosten, die voll gebührenwirksam ist, und indirekt durch die Reduzierung der Garantiemenge auf 50.000 t/Jahr. Durch das rückwirkende Inkrafttreten der Vertragsänderung zum 1.1.2006 schlug die Entlastung bereits im Jahr 2006 zu Buche.

Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Göttingen

KREISTAG / Eine Stimme gab den Ausschlag

Kein zweiter Müllofen

Kapazität der ersten Linie darf aber erweitert werden

Spannender konnte es nicht sein: Nach stundenlanger Diskussion und namentlicher Abstimmung gab eine Stimme den Ausschlag: Die zweite Verbrennungslinie beim Göppinger Müllheizkraftwerk kommt nicht.

KARL-HEINZ STROHMAIER

GÖPPINGEN ■ Nach dem Verlauf der mehrstündigen Diskussion, verfolgt von zahlreichen Zuhörern, hätte niemand nur einen Cent für dieses Ergebnis gegeben: Die zweite Verbrennungslinie beim Göppinger Müllheizkraftwerk kommt nicht. Mit 25 zu 24 Stimmen wurde der entsprechende Antrag der CDU, dies

auf der Basis des Erbbaurechts für jährlich 1,03 Millionen Euro zuzulassen, denkbar knapp abgelehnt. Zuvor hatte Landrat Franz Weber darauf hingewiesen, dass er einem zustimmenden Beschluss wohl aus haushaltsrechtlichen Gründen widersprechen würde, weil der Gutachter einen höheren Wert von jährlich 1,335 Millionen Euro ermittelt habe. Auch ein Antrag der SPD scheiterte anschließend. Er sah die Erhöhung der bestehenden Linie auf das technisch Machbare vor – allerdings dürfte die zusätzlich gewonnene Verbrennungskapazität nur mit Gewerbemüll aus dem Kreis Göttingen genutzt werden.

Letztlich setzte sich aber doch der Vorschlag durch, den der Landrat und sein Stellvertreter Ulrich Majocco, zuständiger Dezernent für Ab-

fallwirtschaft, dem Gremium von Anfang an unterbreitet hatten. Demnach wird neben dem Verzicht auf eine zweite Verbrennungslinie das Angebot des Müllheizkraftwerksbetreibers BKB zur Vollausslastung der Linie 1 angenommen.

Die Betriebsleitung des Abfallwirtschaftsbetriebs hat nun den Auftrag, auf der Grundlage des BKB-Angebots eine entsprechende Vertragsänderung vorzubereiten und dem Kreistag erneut zur Beratung vorzulegen. Die BKB geht davon aus, dass bei der derzeit zulässigen Durchsatzmenge von 140 000 Tonnen pro Jahr eine zusätzliche Menge von rund 10 000 Tonnen entsorgt werden könnte. Die absolute Höchstgrenze ist in der immissionsrechtlichen Genehmigung auf 157 680 Tonnen pro Jahr festgelegt.

Ausschnitt aus der NWZ vom 13. Mai 2006

Sei kein Müllschwein: Vesperdosen für die Schultüte

Fast schon Tradition hat die Aktion „Sei kein Müllschwein“ des Abfallwirtschaftsbetriebs. Um die Schulanfänger für die Thematik des wilden Mülls zu sensibilisieren, wurden im Rahmen dieser Aktion auch zum Schulbeginn 2006 wieder rund 3.000 Vesperdosen mit dem Maskottchen Ferdi(nand) in den Grundschulen verteilt. Die neue Klickbox ist nun durchsichtig und etwas größer als die bisherige. Alles andere ist unverändert: Mit dem Slogan „Sei kein Müllschwein!“ wirbt Ferdi unermüdlich für mehr Umweltbewusstsein bei den kleinen Mitbürgern. Der AWB erhofft sich mit dieser Aktion einerseits einen Rückgang beim

Verschmutzen und Verschandeln der Landschaft durch achtlos geworfene Abfälle wie beispielsweise Bonbonpapier oder Getränkedosen. Andererseits soll Verpackungsmüll vermieden werden. Anstatt der Verpackungsfolien und -papiere, die für Pausenbrot & Co. gerne verwendet werden, gibt es eine umweltfreundliche Vesperdose.



Wir freuen uns auf die Schule
– natürlich mit Ferdi.

Grüngutkonzeption: Die unendliche Geschichte

Die Kompostplätze, eine liebege-wordene Einrichtung, bei der Gärt-lesbesitzer in ihrer Gemeinde (fast) zu jeder Tageszeit Grünabfall anliefern und fertigen Kompost mitnehmen können, stecken in einer tiefen Krise. Gerade die gute Akzeptanz führt immer mehr zu Kapazitätsproblemen. Der ursprüngliche Gedanke des örtlichen Kreislaufs von Anlieferung und Abho-lung funktioniert schon länger nicht mehr. Die Kompostqualität ist unbefriedigend, da eine Beauf-sichtigung der Anlieferungen fehlt. Und um das Material überhaupt loszuwerden, muss der AWB jedes Jahr ein finanzielles Bonbon von rund 100.000 € draufpacken. Das nennt sich dann Vermarktungszu-schuss. Daneben ist die Kostenteilung zwischen Gemeinden und Landkreis ein ewiger Zankapfel.

Seit langem diskutiert der Umwelt- und Verkehrsausschuss des Kreis-tags über eine praktikable, vor allem aber auch bezahlbare Lösung. Schon 2004 hatte der AWB ein Konzept vorgestellt, bei dem die Zahl der Kompostplätze deut-lich reduziert, die verbliebenen ordentlich ausgebaut und während der Öffnungszeiten personell be-treut werden sollten, um die Kom-postqualität zu verbessern. Obwohl von allen Seiten die Unzulänglich-keiten des bestehenden Systems beklagt worden waren, wurde diese

„Feinkonzeption“ vom Umwelt- und Verkehrsausschuss und den meisten Gemeinden abgelehnt. Man wollte den Bürgern keine Ein-schnitte in liebege-wonnene Ge-wohnheiten zumuten.

Also gehen die Überlegungen wei-ter. Konsens besteht zumindest darüber, dass sich beim Ausbauzu-stand und bei der Erfassung des Grünguts etwas ändern muss, um ein hochwertiges und marktfähiges

Produkt zu erzeugen. Egal, ob nachher Kompost, Spezialerden, Holzhackschnitzel, Biogas oder anderes produziert werden soll. Nichts davon ist im jetzigen System machbar.

Die Grünguterfassung und –verwer-tung bleibt eine offene Frage, wel-che die Gremien des Kreistags, die Gemeinden und den Abfallwirt-schaftsbetrieb weiter beschäftigen wird.



Kompostplätze in der Krise



Neue Wertstoffhöfe in Rechberghausen und Dürnau

Der alte Wertstoffhof in Rechberghausen fiel bereits am 24. Januar 2004 der Spitzhacke zum Opfer und musste einem Lebensmittelmarkt weichen. Für die Einwohner brach damit eine wertstoffhoflose Zeit an. Wer seine Wertstoffe entsorgen wollte, musste weite Wege in die Nachbargemeinden in Kauf nehmen. Glücklicherweise fand der Wertstoffhof im Sommer ein provisorisches Zuhause im Gewerbegebiet, und bald war dann auch eine dauerhafte Lösung in Sicht. Der Wertstoffhof sollte in den geplanten Neubau des Bauhofes integriert werden. Pünktlich zum Krämermarkt am 29. Oktober 2005 konnte die neue Anlage fertiggestellt und eingeweiht werden.

In Dürnau wurde der im Bauhof beheimatete Wertstoffhof an das ehemalige Warenlager der Raiffeisenbank verlegt. Platzmangel und fehlende Trennung vom Bauhofbetrieb hatten zur Suche nach einem neuen Standort geführt. Der wurde idealerweise in unmittelbarer Nachbarschaft des bisherigen Wertstoffhofs gefunden. Dort wurden ein vorhandener Gebäudeteil abgebrochen und umfangreiche Befestigungsarbeiten durchgeführt. Schon nach kurzer Bauzeit konnte der neue Wertstoffhof am 4. Februar 2006 seiner Bestimmung übergeben werden. Rund 60.000 Euro hat der AWB für jeden der beiden Wertstoffhöfe investiert.



Neuer Wertstoffhof in Dürnau

